

13.05.92

Antrag

des Landes Sachsen-Anhalt

zur

Entschließung des Bundesrates zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts

- Antrag der Länder Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein -

Punkt 10 der 642. Sitzung des Bundesrates am 15. Mai 1992

Der Bundesrat möge beschließen:

Die Entschließung des Bundesrates zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts wird vertagt.

Begründung:

Zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist bereits im Mai vorigen Jahres eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die unter Mitarbeit der Vertreter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen erstmals im September 1991 zusammengetreten ist.

Bevor das Plenum des Bundesrates eine Entscheidung zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts trifft, sollten die Ergebnisse der seit längerem tätigen Arbeitsgruppe Berücksichtigung finden.

Ausgeliefert am 14. MAI 1992